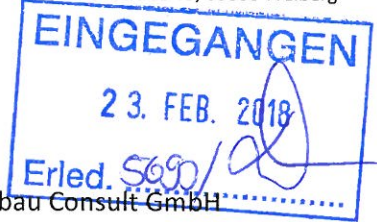




Landratsamt Mittelsachsen, Frauensteiner Straße 43, 09599 Freiberg



Chemnitzer Ingenieurbau Consult GmbH
Außenstelle Freiberg
Am St. Niclas Schacht 13
09599 Freiberg

Ansprechpartner: Simone Gröger
Abteilung: -
Referat: Wirtschaftsförderung und Kreisentwicklung
Standort: Straße des Friedens 20
04720 Döbeln
Telefon: 03731 799-4041
Telefax: 03731 799-1401
E-Mail: simone.groeger@landkreis-mittelsachsen.de
Aktenzeichen: **WK-541-018/18**
Datum: 21. Februar 2018

Hochwasserschadensbeseitigung 06/13, Maßnahme 9335
K 8291 Ersatzneubau Gewölbe/Bogenbrücke bei Kralapp, Gemeinde Zettlitz

Stellungnahme des Landratsamtes Mittelsachsen

Ihr Schreiben vom 19.01.2018, eingegangen am 23.01.2018

Sehr geehrte Damen und Herren,

entsprechend Ihrem o.g. Schreiben erhalten Sie die Stellungnahme des Landratsamtes Mittelsachsen zu o.g. Vorhaben zur Kenntnis und Beachtung.

Dem Landratsamt Mittelsachsen wurden folgende Unterlagen übergeben:

- Anschreiben vom 19.01.2018
- Erläuterungsbericht (13 Seiten) mit Anlagen
- Übersichtsplan M 1:10000
- Bauwerksplan

Die vorgelegten Unterlagen wurden im Rahmen der Beteiligung in unserem Haus ausgewählten Bereichen (Referaten und Fachbereichen) zur Prüfung und Beurteilung sowie Abgabe einer Stellungnahme übergeben.

Mit Ausnahme des Referates 23.4 Naturschutz ist im Ergebnis dieser Beteiligung festzustellen, dass für die weitere Planung unter Beachtung und Realisierung der in den einzelnen Fachstellungen der Referate aufgeführten Auflagen und Hinweise keine Bedenken erhoben werden, die eine Umsetzung des Vorhabens in Frage stellen würden.

Anschrift
Landratsamt Mittelsachsen
Frauensteiner Straße 43, 09599 Freiberg
Tel. 03731 799-0, Fax 03731 799-3250

Öffnungszeiten
Mo u. Mi nach Terminvereinbarung
Di u. Do 9 – 12 sowie 13 – 18 Uhr
Fr 9 – 12 Uhr

Bankverbindungen
Sparkasse Mittelsachsen,
IBAN: DE37 8705 2000 3120 0002 63, BIC: WELADED1FGX
Kreissparkasse Döbeln,
IBAN: DE47 8605 5462 0033 9600 01, BIC: SOLADES1DLN

Internetpräsenz www.landkreis-mittelsachsen.de. Dort finden Sie die Voraussetzungen, Bedingungen und Einschränkungen für die Zugangseröffnung für signierte und/oder verschlüsselte elektronische Dokumente unter der Rubrik: E-Government/EU-Dienstleistungsrichtlinie.

Seitens des Referates Naturschutz ist weiterhin eine abschließende Beurteilung des Vorhabens auf Grund fehlender Aussagen und Unterlagen nicht möglich.

Das Referat 23.8 Wasserbau, Gewässer- und Hochwasserschutz wurde durch das Planungsbüro mit einer Planungsunterlage gesondert beteiligt sowie um Stellungnahme gebeten. Somit entfällt eine Aussage in diesem Rahmen.

Die Stellungnahme einschl. Hinweise der Entsorgungsdienste Kreis Mittelsachsen GmbH (EKM) ist als Anlage beigelegt, jedoch nicht inhaltlicher Bestandteil dieser Gesamtstellungnahme.

Ungeachtet der hier angestellten Pauschalbewertung sind die in den einzelnen Fachstellungen der Fachreferate aufgeführten Hinweise beachtlich und umzusetzen.

Bei Rückfragen wenden Sie sich bitte an den jeweiligen Bearbeiter der fachbezogenen Stellungnahme.

Im Einzelnen wurde sich wie folgt geäußert:

Referat 20.2 Bauaufsicht und Denkmalschutz, Bereich Denkmalschutz

Bearb.: Frau Hanetzky, Tel.: 03731-799 1948

Gegen das Vorhaben richten sich keine Einwände oder Bedenken.
Denkmalpflegerische Belange oberhalb des Bodenniveaus sind nicht unmittelbar betroffen.

Hinweis: Auf die Meldepflicht beim Auftreten von Bodenfunden wird verwiesen (§ 20 SächsDSchG).

Referat 20.3 Straßenverkehr und Sport

Bearb.: Frau Fischer, Tel. 03731-799 6291

Hinweis:
Verkehrsrechtliche Angelegenheiten werden durch die Große Kreisstadt Rochlitz (Stadtverwaltung) wahrgenommen.

Referat 22.4 Ländliche Entwicklung, Bodenordnung

Bearb.: Herr Schäfer, Tel. 03731-799 1676

Durch das Vorhaben werden Belange im Bereich Flurbereinigungsgesetz (FlurbG) und Landwirtschaftsanpassungsgesetz (LwAnpG) nicht berührt.

Referat 23.3 Siedlungswasserwirtschaft

Bearb.: Frau Wildgrube, Tel. 03731-799 4039

Dem Bauvorhaben wird zugestimmt, wenn folgende Bedingung erfüllt und die genannten Forderungen beachtet werden:

1. Es ist während der Baumaßnahme zu beachten, dass keinerlei Baustoffe, insbesondere wassergefährdende Stoffe, in den Boden bzw. in das Grundwasser gelangen.
2. Die Versiegelung der Grundstücke ist auf ein Minimum zu reduzieren/beschränken.
3. Das anfallende Oberflächenwasser ist schadlos abzuleiten.

Begründung:

Der Bauherr ist gemäß § 5 Abs. 1 Wasserhaushaltsgesetz (WHG) verpflichtet, bei Maßnahmen, mit denen Einwirkungen auf ein Gewässer bzw. das Grundwasser verbunden sein können, die erforderliche Sorgfalt anzuwenden, um eine Verunreinigung des Wassers oder eine sonstige nachteilige Veränderung seiner Eigenschaften zu verhüten.

Gemäß § 47 Abs. 1 WHG i. V. m. § 43 Sächsisches Wassergesetz (SächsWG) darf die Grundwasserneubildung durch Versiegelung des Bodens und andere Beeinträchtigungen der Versickerung nicht über das notwendige Maß hinaus behindert werden.

Nach § 32 Abs. 2 WHG hat der Umgang mit wassergefährdenden Stoffen so zu erfolgen, dass eine nachteilige Beeinflussung von Gewässern nicht zu besorgen ist.

Eine breitflächige Niederschlagsentwässerung über das Bankett der Straße bedarf keiner wasserrechtlichen Erlaubnis, da es nach § 25 WHG i. V. m. §16 SächsWG unter den Gemeingebrauch fällt.

Referat 23.4 Naturschutz

Bearb.: Frau Walter, Tel. 03731-799 4164

Beachte:

Die Abgabe einer abschließenden Stellungnahme ist erst nach Einreichung und Prüfung der bereits mit Schreiben vom 5. Oktober 2017 (siehe Anlage) an den Vorhabenträger nachgeforderten Unterlagen möglich.

Referat 23.5 Immissionsschutz

Bearb.: Frau Harag, Tel. 03731-799 4184

Aus Sicht des Immissionsschutzes bestehen keine Bedenken gegen das Vorhaben.

Hinweis:

Bei der Bauausführung ist das beigelegte Merkblatt zum Schutz gegen Baulärm zu beachten.

Referat 23.6 Abfallrecht und Bodenschutz

Bearb.: Frau Fischer, Tel. 03731-799 4035

Grundsätzliches

Für die Abgabe einer Stellungnahme zum o.g. Vorhaben ist gemäß § 2 Abs. 1 Nr. 11 der Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Umwelt und Landwirtschaft über die Zuständigkeiten bei der Durchführung abfallrechtlicher und bodenschutzrechtlicher Vorschriften (AboZuVO) vom 26.06.2008 (SächsGVBl. S. 457), rechtsbereinigt mit Stand vom 01.03.2012, die obere Abfallbehörde (Landesdirektion Sachsen) zuständig, da die Gebietskörperschaft, der Landkreis Mittelsachsen, am o.g. Vorhaben beteiligt ist.

Diese Stellungnahme kann deshalb lediglich eine beratende Funktion haben und nur Hinweise beinhalten. Sie kann nicht als Stellungnahme der zuständigen Abfall- und Bodenschutzbehörde gelten. Es ist zu prüfen, ob eine Einbeziehung der Landesdirektion Sachsen als obere Abfall- und Bodenschutzbehörde erforderlich ist.

Abfallrecht

- Straßenaufbruchmaterial ist vorrangig einer Wiederverwendung zuzuführen. Ist dies nicht möglich, muss es einer zugelassenen Beseitigungsanlage zugeführt werden. Die Verwertungsmöglichkeiten für die Schwarzdecke sind in den „Richtlinien für die umweltverträgliche Verwertung von Ausbaustoffen mit teer-/pechtypischen Bestandteilen sowie für die Verwertung von Ausbauasphalt im Straßenbau (RuVA-StB 01-2005)“ der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen, Arbeitsgruppe Asphaltstraßen, Ausgabe 2001, Fassung 2005, geregelt und entsprechend zu beachten.
- Die bei der Durchführung des Vorhabens anfallenden Abfälle sind nach Maßgabe des Kreislaufwirtschaftsgesetzes (KrWG) sowie den nach diesem Gesetz erlassenen Rechtsvorschriften zu verwerten oder zu beseitigen. Das Nähere regeln die beiliegenden Allgemeinen Hinweise Abfallrecht.
- Die Entsorgung der Abfälle ist unter Beachtung der Nachweisverordnung mittels Nachweis durchzuführen. Die Belege für die ordnungsgemäße Entsorgung (Verwertung/Beseitigung) der Abfälle wie Entsorgungsnachweise, Begleitscheine, Übernahmescheine und Lieferscheine u.a. sind zu sammeln, um sie bei Bedarf der zuständigen Behörde vollständig vorlegen zu können.

Bodenschutz

- Soweit vorhanden, sind der Mutterboden und die humusbildenden Schichten vor den Bauarbeiten geordnet abzutragen, vor Verunreinigungen zu schützen und nach Abschluss der Arbeiten wieder im Gelände auszubringen oder einer funktionsgerechten Verwertung zuzuführen.
- Ist eine Verwertung des weiterhin anfallenden Erdaushubes im Rahmen des o.g. Bauvorhabens nicht möglich, ist dieser nachweispflichtig einer hochwertigen Verwertung zuzuführen.
- Die zur Realisierung des o.g. Vorhabens erforderlichen Arbeiten sind so auszuführen, dass baubetriebsbedingte Beeinträchtigungen des Bodens auf das unabdingbar notwendige Maß beschränkt werden. Nach Beendigung der Bauarbeiten sind dennoch entstandene Beeinträchtigungen zu beseitigen.
- Zur maximalen Beschränkung von Einwirkungen auf den Boden sind
 - beim Umgang mit Betriebsstoffen geeignete Vorkehrungen zu treffen bzw. sollte der Umgang mit diesen im Vorhabenbereich ausgeschlossen werden
 - Verdichtungen und Vernässungen des Bodens zu vermeiden
 - Überschüttungen mit Bodenaushub oder Fremdstoffen weitestgehend zu vermeiden
 - für die Errichtung zeitweiser Baustelleneinrichtungen, Lager-Arbeits- und Stellflächen auf bereits befestigte Flächen oder Bereiche zukünftiger Versiegelung zurückzugreifen.
- Bei sich im Rahmen von Bauvorbereitung und Bauausführung über den bisherigen Kenntnisstand hinaus ergebenden Hinweisen auf schädliche Bodenveränderungen i.S. des § 2 Absätze 3 und 6 BBodSchG (z.B. altlastenrelevante Sachverhalte, organoleptische Auffälligkeiten oder neuentstandene schädliche Bodenveränderungen) ist die für die Überwachung zuständige Behörde, hier der Landkreis Mittelsachsen als untere Abfall- und Bodenschutzbehörde von diesen Sachverhalten unverzüglich zu informieren. Vor Fortsetzung der Bauarbeiten ist mit dieser eine Abstimmung durchzuführen, hinsichtlich der erforderlichen Maßnahmen zur Beseitigung oder zur Durchführung von Untersuchungen, die evtl. erforderlich sind um festzustellen, ob eine schädliche Bodenveränderung oder Altlast vorliegt.

Referat 33.3 Brandschutz, Rettungsdienst und Katastrophenschutz

Bearb.: Herr Dahnke, Tel. 03731-799 3486

Zu vertretende Belange des Brand- und Katastrophenschutzes sowie Rettungsdienstes sind von der Maßnahme nicht betroffen.

Hinweis:

Bei entsprechendem Planungsstand, d. h. möglichst frühzeitig, ist die örtliche Brandschutzbehörde (Gemeinde Zettlitz), der Leistungserbringer des Rettungsdienstes (DRK Rochlitz) sowie die Leitstelle Freiberg bzw. Chemnitz über Beginn und Verlauf der Baumaßnahmen und die damit verbundene Straßensperrung und Umleitung zu informieren.

Mit freundlichen Grüßen



Gröger
Sachbearbeiterin

Anlagen

- Schreiben Ref. 23.4 vom 05.10.17
- Schreiben sowie Hinweise EKM
- MB Baulärm
- MB Abfallrecht
- MB Bodenschutz



Landkreis Mittelsachsen
Landratsamt



Landratsamt Mittelsachsen, Frauensteiner Straße 43, 09599 Freiberg

Landratsamt Mittelsachsen
Abteilung Straßen
Referat Straßenbetriebsdienst und Kreisstraßenbau
Am Landratsamt 3
09648 Mittweida

Ansprechpartner: Birg-Ute Walter
Abteilung: Umwelt, Forst und Landwirtschaft
Referat: Naturschutz und Landwirtschaft
Standort: Leipziger Straße, 4 09599 Freiberg
Telefon: 03731 799-4164
Telefax: 03731 799-4086
E-Mail: Birg-Ute.Walter
@landkreis-mittelsachsen.de
Aktenzeichen: 23.4-5541-0902-16c02-1653-03/17
Datum: 5. Oktober 2017
Vorgangs-Nr.: 9720260
Bitte bei Antwort unbedingt Vorgangs-Nr. angeben!

Vollzug des Bundesnaturschutzgesetzes (BNatSchG) vom 29.07.2009 (BGBl. I S. 2542), des Sächsischen Gesetzes über Naturschutz und Landschaftspflege (SächsNatSchG) in der Fassung des Art. 1 des Gesetzes zur Bereinigung des Rechts des Naturschutzes und der Landschaftspflege vom 06. Juni 2013 (SächsGVBl. S. 451) in der jeweils derzeit gültigen Fassung sowie der Verordnung des Landratsamtes Mittelsachsen zur Festsetzung des Landschaftsschutzgebietes „Mulden- und Chemnitztal“ im Landkreis Mittelsachsen vom 27. Juli 2017;

hier: Nachforderung als Untere Naturschutz- und Untere Landwirtschaftsbehörde zum Vorhaben „Hochwasserschadensbeseitigung Maßnahme 9335 K8291 Ersatzneubau Gewölbe/Bogenbrücke bei Kralapp“ Gemeinde Zettlitz;

Bezug: Anforderung Stellungnahme, vorgelegt mit Planungsunterlagen vom 15.09.2017, Posteingang hier am 18.09.2017;

Sehr geehrte Damen und Herren,

entsprechend des Erläuterungsberichtes beinhaltet die Vorzugsvariante eine Begradigung des Straßenverlaufs und eine Anpassung der Gradienten. Für die Begradigung/Anpassung der Straße erfolgt geringfügig eine zusätzliche Versiegelung.

Das Vorhaben befindet sich im LSG „Mulden- und Chemnitztal“, im FFH-Gebiet „Muldentäler oberhalb Zusammenfluss“ sowie im SPA-Gebiet „Täler in Mittelsachsen“.

Der Bau von Straßen sowie Ausbau und Verlegung von bestehenden Straßen unterliegt der UVP-Pflicht gem. Anlage 1 Nr. 2 c) SächsUVP-G, wenn die neue, ausgebaut oder verlegte Straße durch einen Nationalpark im Sinne von § 24 BNatSchG, ein Naturschutzgebiet im Sinne von § 23 BNatSchG oder durch Gebiete führt, die durch die Richtlinie 79/409/EWG (=SPA-Gebiete/Vogelschutzgebiete-neu: 2009/147/EG) oder durch die Richtlinie 92/43/EWG (=FFH-Gebiete) unter besonderem Schutz stehen oder solche Gebiete berührt.

Anschrift
Landratsamt Mittelsachsen
Frauensteiner Straße 43, 09599 Freiberg
Tel. 03731 799-0, Fax 03731 799-3250

Öffnungszeiten
Mo u. Mi nach Terminvereinbarung
Di u. Do 9 – 12 sowie 13 – 18 Uhr
Fr 9 – 12 Uhr

Bankverbindungen
Sparkasse Mittelsachsen,
IBAN: DE37 8705 2000 3120 0002 63, BIC: WELADED1FGX
Kreissparkasse Döbeln,
IBAN: DE47 8605 5462 0033 9600 01, BIC: SOLADES1DLN

Internetpräsenz www.landkreis-mittelsachsen.de. Dort finden Sie die Voraussetzungen, Bedingungen und Einschränkungen für die Zugangseröffnung für signierte und/oder verschlüsselte elektronische Dokumente unter der Rubrik: E-Government/EU-Dienstleistungsrichtlinie.

Gemäß § 2 Abs. 1 des Sächsischen Straßengesetzes (SächsStrG) sind öffentliche Straßen diejenigen Straßen, Wege und Plätze, die dem öffentlichen Verkehr gewidmet sind. Nach § 3 Abs. 2 SächsStrG ist das Vorhaben den Kreisstraßen zuzuordnen. Die Aufgaben der Straßenbaubehörde für Kreisstraßen werden gemäß § 47 Abs. 4 Nr. 2 Buchstabe a) SächsStrG durch die Landkreise und Kreisfreien Städte, soweit ihnen die Straßenbaulast obliegt, in diesem Fall der Landkreis Mittelsachsen, wahrgenommen.

Unsererseits kann nicht eingeschätzt werden, ob das Vorhaben der UVP-Pflicht unterliegt. Zur Vermeidung von Verfahrensfehlern hat der Landkreis Mittelsachsen, Abteilung Straßen bei der Landesdirektion zu klären, ob o. g. Vorhaben UVP-pflichtig ist.

Nach Prüfung der zu o.g. Vorhaben übersandten Unterlagen teilen wir Ihnen mit, dass vom Referat 23.4 eine abschließende Beurteilung des Antrages **erst anhand der nachgeforderten Unterlagen möglich ist:**

1. Vom Vorhabenträger ist ein Antrag auf Erlaubnis gem. § 5 Abs. 2 Nr. 4 der Rechtsverordnung zum Landschaftsschutzgebiet „Mulden- und Chemnitztal“ bei der Naturschutzbehörde einzureichen.
2. Es sind Unterlagen mit der Prüfung auf die Verträglichkeit des o. g. Vorhabens mit dem FFH-Gebiet „Muldentäler oberhalb Zusammenfluss“ und mit dem SPA-Gebiet „Täler in Mittelsachsen“ einzureichen.
3. Dem Referat 23.4 Naturschutz und Landwirtschaft des Landratsamtes Mittelsachsen sind Planungsunterlagen vorzulegen, die den Zustand der Natur und der Landschaft der betroffenen Grundstücke und der angrenzenden Flächen vor dem Eingriff, die daraus resultierenden Maßnahmen zur Minimierung des Eingriffes und zum Ausgleich (ggf. auch Ersatz) des Eingriffes darstellen. Diese sollen beschrieben und bewertet sowie einander gegenübergestellt werden. Hierbei sollen die Vorgaben der „Handlungsempfehlung zur Bewertung und Bilanzierung im Freistaat Sachsen“ angewendet werden.

Bei der Auswahl geeigneter Kompensationsmaßnahmen ist zu beachten, dass nach dem sog. Entsiegelungserlass des SMUL vom 11.12.2000 Beeinträchtigungen durch die (Neu-)Versiegelung von Böden in demselben Umfang (1:1) durch Entsiegelungen bisher versiegelter Böden oder Abriss/Rückbau von Gebäuden ausgeglichen werden sollen.

4. Nach Prüfung und Bestätigung der analogen Planunterlagen durch die Untere Naturschutzbehörde hat der Antragsteller die relevanten Daten vor dem Eingriff und den daraus resultierenden Kompensationsmaßnahmen auch in digitaler Form abzugeben (§ 9 Abs. 2 SächsÖkoVO). Für die Erfassung der Daten ist das Kompensationsflächenkataster (KoKa-Nat) anzuwenden.
 - Das Log-in für das KoKa-Nat erhalten Sie bei der LISt-GmbH. Ansprechpartner bei der LISt GmbH sind Frau Röbller, Tel.: 037207/832-611 und Frau Dietze, Tel.: 037207/832-312 oder E-Mail: KoKa-Nat@list.smwa.sachsen.de.
 - Benennen Sie bei der LISt GmbH neben dem Ansprechpartner der Unteren Naturschutzbehörde – für dieses Bauvorhaben Frau Walter – auch das Aktenzeichen:
5541-5541-0902-16c02-1653-03/17_bw_LK MSN ENB Bogenbrücke.
5. Die festzusetzenden Kompensationsmaßnahmen erfordern nach § 15 Abs. 4 BNatSchG eine Sicherung der Grundstücksrechte zugunsten des Antragstellers der hier anhängigen wasserrechtlichen Genehmigung und des Landkreises Mittelsachsen (Untere Naturschutzbehörde). Die dabei zu beachtenden Vorgaben sind aus dem beiliegendem „Merkblatt zur rechtlichen Sicherung von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen gemäß § 15 Abs. 4 Satz 1 BNatSchG“ ersichtlich. Mit der Einreichung der Planungsunterlagen zur Bewertung des Eingriffes und seiner Kompensation sind auch die erforderlichen Angaben zur Umsetzung der Vorgaben des § 15 Abs. 4 BNatSchG zu erbringen.

III.

Begründung:

Der Ersatzneubau der Gewölbe/Bogenbrücke bei Kralapp erfolgt in einem Schutzgebiet i. S. § 26 BNatSchG, hier im Landschaftsschutzgebiet „Mulden- und Chemnitztal“, festgesetzt durch Verordnung des Landratsamtes Mittelsachsen zur Festsetzung des Landschaftsschutzgebietes „Mulden- und Chemnitztal“ im Landkreis Mittelsachsen vom 27. Juli 2017.

Nach § 5 Abs. 2 Nr. 4 der Rechtsverordnung steht das beantragte Vorhaben unter dem Erlaubnisvorbehalt der zuständigen Naturschutzbehörde, hier Landkreis Mittelsachsen. Vom Vorhabenträger ist hierzu ein Antrag auf Erlaubnis bei der Naturschutzbehörde einzureichen.

Weiterhin werden die Arbeiten in NATURA2000-Gebieten stattfinden. Betroffen sind das FFH-Gebiet „Muldentäler oberhalb Zusammenfluss“ und das SPA-Gebiet „Täler in Mittelsachsen“. Gemäß § 33 Abs. 1 BNatSchG sind alle Veränderungen und Störungen, die zu einer erheblichen Beeinträchtigung dieser Gebiete in seinen für die Erhaltungsziele oder den Schutzzweck maßgeblichen Bestandteilen führen können, unzulässig. Aus diesem Grund sind Projekte vor ihrer Zulassung oder Durchführung nach § 34 Abs. 1 BNatSchG auf Ihre Verträglichkeit mit den Erhaltungszielen dieser Gebiete zu prüfen.

Das Vorhaben stellt einen Eingriff in Natur und Landschaft dar (vgl. § 14 Abs. 1 BNatSchG i. V. m. § 9 Abs. 1 Nr. 2 SächsNatSchG), welcher nach § 15 Abs. 2 BNatSchG im Falle seiner Zulässigkeit zu kompensieren ist. Nach § 17 Abs. 1 BNatSchG i. V. m. § 12 Abs. 1 SächsNatSchG erfolgt die Entscheidung über die Zulässigkeit und die Ausgleichbarkeit des Eingriffes im Rahmen des hier gestellten Antrages, wobei dazu das Einvernehmen der zuständigen Naturschutzbehörde, hier Landkreis Mittelsachsen, erforderlich ist. Die zur Bewertung erforderlichen Unterlagen sind auf der Grundlage des § 9 Abs. 2 SächsÖkoVO digital vorzulegen.

Die Nachforderungen zur rechtlichen Sicherung der festgesetzten Kompensationsmaßnahmen basieren auf den Vorgaben des § 15 Abs. 4 BNatSchG.

Mit freundlichen Grüßen

Birg-Ute Walter
Sachbearbeiterin Naturschutz



eine **Sorge** weniger

Entsorgungsdienste Kreis Mittelsachsen GmbH

POSTEINGANG

Geschäftskreis 1

14. FEB. 2018

Referat Wirtschaftsförderung
und Kreisentwicklung



EKM | Frauensteiner Straße 95 | 09599 Freiberg

Landratsamt Mittelsachsen
Referat 22.2
Wirtschaftsförderung und Kreisentwicklung
zu Händen Frau Hermann
Straße des Friedens 20
04720 Döbeln

Ansprechpartner: Karla Zapel
Abteilung: Abfallwirtschaft
Telefon: 03731 2625-42
Telefax: 03731 2625-50
E-Mail: karla.zapel
@ekm-mittelsachsen.de
Aktenzeichen: WK-541-018/18
Datum: 07.02.2018

**Stellungnahme der EKM GmbH zur
Hochwasserschadensbeseitigung 06/13, Maßnahme 9335-K 8291 Ersatzneubau Gewöl-
be/Bogenbrücke bei Kralapp, Gemeinde Zettlitz, ASB-Nr. 4942950 (4942591 neu)
AZ WK-541-018/18**

Sehr geehrte Frau Hermann,

die Entsorgungsdienste Kreis Mittelsachsen GmbH hat keine Einwände gegen o.g. Maßnahme.

Während der Bauzeit ist sicherzustellen, dass die Abfallentsorgung für das betroffene Gebiet durchgängig gewährleistet wird.

Der Ausbau der Straße/Brücke hat so zu erfolgen, dass diese mit Müllsammelfahrzeugen befahren werden kann (siehe Hinweise in der Anlage).

Mit freundlichen Grüßen


Thomas Granz
Abteilungsleiter Abfallwirtschaft


Karla Zapel
Sachbearbeiterin Abfallwirtschaft/Abfallberatung

Anlagen
Hinweise zur Stellungnahme

Anschrift
EKM Entsorgungsdienste
Kreis Mittelsachsen GmbH
Frauensteiner Straße 95
09599 Freiberg

Kontakt
Tel 03731 2625-0
Fax 03731 2625-50
info@ekm-mittelsachsen.de
www.ekm-mittelsachsen.de

Geschäftsführer
Jens Irmer
Vorsitzender Aufsichtsrat
Dr. Lothar Beier

Bankverbindung
Sparkasse Mittelsachsen
BLZ 870 520 00 | Kto 3 115 017 781
IBAN DE79 8705 2000 3115 0177 81
SWIFT-BIC WELADED1FGX

Handelsregister
Amtsgericht Chemnitz
HRB 17125

Hinweise zur Stellungnahme der Entsorgungsdienste Kreis Mittelsachsen GmbH

Bei Baumaßnahmen sind die folgenden Kriterien bezüglich der Sicherstellung der Abfallentsorgung der betroffenen Grundstücke zu beachten.

Die Satzung über die Abfallwirtschaft im Landkreis Mittelsachsen - Abfallwirtschaftssatzung (Aws) vom 26.09.2013 in der jeweils gültigen Fassung ist einzuhalten (siehe www.ekm-mittelsachsen.de, Rubrik Service & Dienstleistungen unter Satzungen & Gesetze).

Es wird auf § 13 der Aws verwiesen.

Gemäß Aws sind Straßenteile oder Straßenzüge aus zwingenden Gründen (Baustellen etc.) vorübergehend mit Sammelfahrzeugen nicht befahrbar, so sind die Abfallbehälter vom Anschlusspflichtigen zur Entsorgung für diese Zeit an eine andere, mit den zum Einsatz kommenden Sammelfahrzeugen erreichbare Stelle zu bringen. Die diesbezügliche Verfahrensweise ist rechtzeitig vom Vorhabenträger der Baumaßnahmen mit den ausführenden Baufirmen, den zuständigen Entsorgungsunternehmen und den betroffenen Anschlusspflichtigen abzustimmen. Die Vorhabenträger haben dafür Sorge zu tragen, dass an den von Baumaßnahmen betroffenen Grundstücken eine ordnungsgemäße Abfallentsorgung erfolgen kann.

Das bedeutet, dass der Vorhabenträger die bauausführenden Unternehmen in der Ausschreibung verpflichtet, die Abfallbehälter der von der Baustelle betroffenen Grundstücke bei Bedarf an die mit Müllsammelfahrzeugen befahrbaren Entsorgungsstandorte vorzuräumen und wieder zurück an die Grundstücke zu bringen hat.

Während der Bauzeit ist sicherzustellen, dass die Abfallentsorgung für das betroffene Gebiet durchgängig gewährleistet wird.

Beschaffenheit der Fahrwege für Müllsammelfahrzeuge und der Müllbehälterstandplätze

Beim Sammeln und Transport von Abfällen sind die einschlägigen Anforderungen der Berufsgenossenschaft für Verkehr und die Regelungen der DGUV (Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung) zu beachten und anzuwenden.

Im Entsorgungsgebiet kommen in der Regel dreiaxsig Müllsammelfahrzeuge mit den entsprechenden Parametern (Fahrzeugabmessungen, Achslasten etc.) zum Einsatz.

Demzufolge müssen die Straßen im Landkreis Mittelsachsen so beschaffen sein, dass ein sicheres Fahren mit Sammelfahrzeugen möglich ist. Des Weiteren müssen die Fahrwege ausreichend tragfähig sein (DGUV Vorschrift 71, § 45 Abs. 1 Unfallverhütungsvorschrift „Fahrzeuge“). Bei Sackgassen muss die Möglichkeit bestehen, am Ende der Straße zu wenden, da das Rückwärtsfahren eines Müllsammelfahrzeuges nicht gestattet ist, ausgenommen kurzes Zurücksetzen zum Zwecke des Rangierens (DGUV Vorschrift 44, § 16 Unfallverhütungsvorschrift „Müllbeseitigung“). Straßen sowie Wendeanlagen müssen den sicherheitstechnischen Anforderungen für Straßen und Fahrwege für die Sammlung von Abfällen genügen (DGUV Information 214-033 - Sicherheitstechnische Anforderungen an Straßen und Fahrwege für die Sammlung von Abfällen sowie die Richtlinie für die Anlage von Stadtstraßen RAS 06).

Die Anforderungen an Müllbehälterstandplätze sind einzuhalten (DGUV Vorschrift 44, § 16 Unfallverhütungsvorschrift „Müllbeseitigung“).

Vollzug des Bundes-Immissionsschutzgesetzes

Merkblatt

Maßnahmen zum Schutz gegen Baulärm

Wer Baustellen betreibt, hat nach § 22 des Gesetzes zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen und ähnliche Vorgänge (Bundes-Immissionsschutzgesetz – BImSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Mai 2013 (BGBl. I S. 1274) in der derzeit gültigen Fassung, dafür zu sorgen, dass

1. Geräusche verhindert werden, die nach dem Stand der Technik vermeidbar sind und
2. Vorkehrungen getroffen werden, um die Ausbreitung unvermeidbarer Geräusche auf ein Mindestmaß zu beschränken,

soweit dies erforderlich ist, um die Nachbarschaft vor erheblichen Belästigungen zu schützen.

Als Vorschrift für den Betrieb von Baumaschinen auf Baustellen gilt die „Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Schutz gegen Baulärm -Geräuschimmissionen-“ vom 19. August 1970 (Beilage zum Bundesanzeiger Nr. 160)

Als Immissionsrichtwerte, bei deren Überschreitungen erhebliche Belästigungen durch Baumaschinen zu besorgen sind, wurden festgesetzt für

- a) Gebiete, in denen nur gewerbliche oder industrielle Anlagen und Wohnungen für Inhaber und Leiter der Betriebe sowie für Aufsichts- und Beschäftigungspersonen untergebracht sind,
70 dB (A)
- b) Gebiete, in denen vorwiegend gewerbliche Anlagen untergebracht sind,
tagsüber 65 dB (A)
nachts 50 dB (A)
- c) Gebiete mit gewerblichen Anlagen und Wohnungen, in denen weder vorwiegend gewerbliche Anlagen noch vorwiegend Wohnungen untergebracht sind,
tagsüber 60 dB (A)
nachts 45 dB (A)
- d) Gebiete, in denen vorwiegend Wohnungen untergebracht sind
tagsüber 55 dB (A)
nachts 40 dB (A)
- e) Gebiete, in denen ausschließlich Wohnungen untergebracht sind

tagsüber 50 dB (A)

nachts 35 dB (A)

- f) Kurgelbiete, Krankenhäuser und Pflegeanstalten

tagsüber 45 dB (A)

nachts 35 dB (A)

Als Nachtzeit gilt die Zeit von 20.00 Uhr bis 07.00 Uhr.

Die Bauherren, Bauunternehmer und Bauleiter haben die Pflicht, beim Betrieb von Baumaschinen auf die Nichtüberschreitung der Richtwerte zu achten. Unabhängig davon haben sie ferner die Pflicht, zu jeder Zeit vermeidbare Geräusche von Bauarbeiten zu vermeiden.

Für den Einsatz von Maschinen und Geräten auf Baustellen in Gebieten, welche nach BauNVO als WR-, WA-, WB-, KS-Gebiet; SO für Erholung, Kur- und Klinikbetrieben oder der Fremdenbeherbergung eingestuft sind sowie auf dem Gelände von Krankenhäusern und Pflegeanstalten, sind die Vorgaben der 32. BImSchV (Geräte- und Maschinenlärmschutzverordnung) vom 29.08.02 zu beachten.

Gesetzesverstöße können zu Zwangsmaßnahmen bis zur Stilllegung der Baustelle führen. Daneben können Bußgeldbescheide verhängt werden und in besonders schwerwiegenden Fällen Strafanzeigen wegen Körperverletzung erfolgen.

Um die Gefahr von Gesetzesverstößen auszuschließen, ist der Betrieb an jeder Baustelle möglichst geräuscharm abzuwickeln. Zu diesem Zweck sind nach Möglichkeit lärmarme Baumaschinen einzusetzen und Abschirmmaßnahmen zu treffen. Zu den Abschirmmaßnahmen gehört auch eine den Schallschutz berücksichtigende Aufstellung der Baumaschinen.

Für eine Reihe von Baumaschinen hat die Europäische Gemeinschaft Schalleistungspegel festgelegt, die nicht überschritten werden dürfen. Diese Baumaschinen tragen eine Kennzeichnung mit Angabe ihres Schalleistungspegels. Beim Kauf von Baumaschinen und bei der Vergabe von Bauarbeiten sollten vorzugsweise Baumaschinen mit möglichst niedrigen Schalleistungspegeln gewählt und diese Baumaschinen eingesetzt werden.

Beispiele für Lärmschutz an einzelnen Baumaschinen

Baumaschinen	Betriebsvorgänge	Minderungsmaßnahmen
Erdbewegungsmaschinen, Planiertrauben, Scraper Grader	Motorgeräusche (Dieselmotor) Arbeitsgeräusche (Schürf- und Schlaggeräusche, Gleitkettengeräusche)	Abschirmung der Motoren, Verbesserung von Auspuff- und Ansaugschalldämpfern, Beschränkung der Betriebszeit
Bagger	Motorgeräusche (Dieselmotor) Arbeitsgeräusche (Bagger-Löffel)	Verbesserung von Auspuff- und Ansaugschalldämpfern Abschirmung von Kühlluftöffnungen
Rammen (Dampf-, Druckluft-, Diesel- und hydraulisch angetriebene Rammen)	Auspuffgeräusche (Rambär) Arbeitsgeräusche (Hammerschlag) Körperschall (Dröhnen des Rammkörpers)	Auspuffschalldämpfer Schalldämmende Um-mantelung (Gummi) des Rambären Um-mantelung der Bohle (Gummischürze) Schallschirme Einsatz von Vibrationsrammen Andere Ver-fahren (z.B. Hydraulisches Drücken; Bohren) Betriebszeitbeschränkung
Bodenbefestiger, Rüttler, Walzen	Motorgeräusche Arbeitsgeräusche	Kapselungen Verbesserung der Ansaug- und Auspuffschalldämpfer
Kompressoren	Motorgeräusche (Antriebsmotor) Arbeitsgeräusche (Verdichter)	Schallschutzzelt Zusatzschalldämpfer Entdröhnen größerer Verkleidungsblechflä-chen Spezialschalldämpfer zur Stufenweisen Entspannung der Druckluft
Drucklufthämmer	Arbeitsgeräusche (Auspufföffnun-gen, Hammerkörper, Pickeisen)	Leiten der Druckluft über Schalldämpfer-kammern, Schalldämpferkappen, Umhüllung mit schalldämmender Schürze Schallschirme
Kreissägen	Leerlauf- und Arbeitsgeräusche	Betrieb in geschlossenen Räumen Dämpfungsscheiben, Stützscheiben, Dämp-fungspolster oder zweiseitig verleimte Säge-blätter
Betonmischer	Motorgeräusche (Nebenaggregate) Arbeitsgeräusche Mischvorgang/Abklopfen des Auf-zugbügels	Antrieb durch Elektromotor Reibrad- und Keilriemenantrieb Auftragen von Entdröhnungsbelägen auf Mischtrommel und Motorabdeckung Schalldämmende Kapselung von Verbren-nungsmotor und Getriebe Schalldämpfer, Anschläge für Beschicker-kübel
Putzmaschinen	Motorgeräusche (Antrieb) Arbeitsgeräusche (Kompressor)	Kapselung Auspuffschalldämpfer Schallschürze

Allgemeine Hinweise zum Abfallrecht

1. Bei der Entsorgung der im Rahmen der Realisierung und des Betriebes des Vorhabens anfallenden Abfälle sind die Vorgaben des KrWG und insbesondere der **Verordnung über die Bewirtschaftung von gewerblichen Siedlungsabfällen und von bestimmten Bau- und Abbruchabfällen (Gewerbeabfallverordnung - GewAbfV)**¹ zu beachten. Auf folgende Pflichten für Erzeuger und Besitzer derartiger Abfälle wird besonders hingewiesen:
 - Getrennthaltung der Abfallfraktionen Papier, Pappe und Karton, Glas, Kunststoffe, Metalle, Holz, Textilien und Bioabfälle gemäß § 3 Abs. 1 GewAbfV
 - Getrennthaltung der Abfallfraktionen Glas, Kunststoffe, Metalle, Holz, Dämmmaterial, Bitumengemische, Baustoffe auf Gipsbasis, Beton, Ziegel, Fliesen und Keramik gemäß § 8 Abs. 1 GewAbfV
 - Pflicht zur Zuführung von nicht getrennt gehaltenen Abfällen zu Vorbehandlungsanlagen nach Maßgabe des § 4 Abs. 1 GewAbfV oder der ausnahmsweisen Zuführung zur energetischen Verwertung nach Maßgabe des § 4 Abs. 3 und Abs. 4 GewAbfV
 - Pflicht zur Zuführung von nicht getrennt gehaltenen Abfällen in Vorbehandlungsanlagen gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 1 GewAbfV, in eine Aufbereitungsanlage gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 2 GewAbfV oder der ausnahmsweisen Zuführung zu einer schadlosen, ordnungsgemäßen und hochwertigen sonstigen Verwertung gemäß § 9 Abs. 5 GewAbfV zuzuführen.
 - Überlassungspflicht von gewerblichen Siedlungsabfällen, die nicht verwertet werden, an den Landkreis Mittelsachsen als öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger gemäß § 7 GewAbfV. Dazu sind Abfallbehälter in angemessenem Umfang zu bestellen und zu nutzen.
 - Strikte Einhaltung der Dokumentationspflicht nach § 3 Abs. 3 und § 8 Abs. 3 GewAbfV
 - Vermischungsverbot nach § 3 Abs. 1 Satz 3 GewAbfV und § 8 Abs. 3 GewAbfV für gefährliche Abfälle im Sinne der **Verordnung über das Europäische Abfallverzeichnis (Abfallverzeichnis-Verordnung - AVV)**²
2. Grundlage für die Zuordnung der Abfälle zu den gefährlichen oder nicht gefährlichen Abfällen ist die AVV.
3. Für die Entsorgung **gefährlicher Abfälle** entsprechend § 48 **Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrWG)**³, für die nach § 50 Abs. 1 KrWG eine Nachweispflicht besteht, ist ein Nachweis gemäß Teil Zwei der **Verordnung über die Nachweisführung bei der Entsorgung von Abfällen (Nachweisverordnung - NachweisV)**⁴ zu führen.
4. Für den Umgang mit asbesthaltigen Abfällen gelten die Festlegungen nach **LAGA Merkblatt „Entsorgung asbesthaltiger Abfälle“**⁵ sowie der **Technischen Regeln für Gefahrstoffe 519 (TRGS 519)**⁶. Diese Unterlagen sind in unserer Behörde einsehbar.

Grundsätzlich ist sicherzustellen, dass bei jeglichem Umgang mit asbesthaltigen Abfällen und Stoffen die Freisetzung von Asbestfasern verhindert oder auf das unvermeidbare Ausmaß reduziert wird, um Gesundheitsgefährdungen auszuschließen. Auf die strafrechtliche Relevanz bei Missachtung dieser Vorschriften wird hingewiesen.

5. Bei der Entsorgung der im Rahmen der Bau- und Abbrucharbeiten anfallenden Holzabfälle sind die Vorgaben der **Verordnung über Anforderungen an die Verwertung und Beseitigung von Altholz (Altholzverordnung - AltholzV)**⁷ zu beachten. Auf folgende Pflichten für Erzeuger und Besitzer von Holzabfällen wird besonders hingewiesen:
 - getrennte Erfassung, Sammlung, Bereitstellung, Überlassung, Beförderung und Lagerung von Altholz gemäß der im Anhang III der Altholzverordnung genannten gängigen Altholzsortimente (§ 10 AltholzV)
 - Altholz darf zum Zwecke der stofflichen und energetischen Verwertung nur in Verkehr gebracht werden, um es einer Altholzbehandlungsanlage, in der die Anforderungen der Altholzverordnung eingehalten werden, zuzuführen (§ 8 AltholzV).
 - Bei Zuführung von Altholz zu einer Altholzbehandlungsanlage ist das Altholz vom Anlieferer nach Altholzkategorie und Menge zu deklarieren. Dazu ist der Anlieferungsschein gemäß Anhang IV der Altholzverordnung zu verwenden.
 - In Kleinfeuerungsanlagen ist der Einsatz von Altholz als Brennstoff grundsätzlich unzulässig.
6. Im Rahmen der Verwertung mineralischer Abfälle, die bei der Baumaßnahme anfallen oder bei der Baumaßnahme als Fremdmaterial eingesetzt werden sollen, sind zur Beurteilung der Schadlosigkeit der Verwertung folgende Merkblätter/Erlasse zu beachten:
 - /1/ Mitteilung der Länderarbeitsgemeinschaft Abfall (LAGA) 20: Anforderungen an die stoffliche Verwertung von mineralischen Abfällen-Technische Regeln- Allgemeiner Teil vom 06.11.2003
 - /2/ Mitteilung der Länderarbeitsgemeinschaft Abfall (LAGA) 20: Anforderungen an die stoffliche Verwertung von mineralischen Abfällen: Teil II-Technische Regeln für die Verwertung von Bodenmaterial (TR Boden) vom 05.11.2004
 - /3/ Mitteilung der Länderarbeitsgemeinschaft Abfall (LAGA) 20: Anforderungen an die stoffliche Verwertung von mineralischen Abfällen: Teil III-Probenahme und Analytik vom 05.11.2004
 - /4/ Sächsisches Staatsministerium für Umwelt und Landwirtschaft: Vorläufige Hinweise zum Einsatz von Baustoffrecyclingmaterial (Recyclingerlass) mit Erläuterungen vom 15.10.2010, Gültigkeit verlängert bis 31.12.2018
7. Für die ordnungsgemäße Verwertung und Entsorgung der anfallenden Materialien ist der Bauherr bzw. Betreiber der Anlage verantwortlich.
8. Verstöße gegen die abfallrechtlichen Auflagen stellen eine Ordnungswidrigkeit nach § 69 Abs. 1 und 2 KrWG dar. Die Ordnungswidrigkeit nach Abs. 1 kann mit einer Geldbuße bis zu 100.000,00 EURO, die Ordnungswidrigkeit nach Abs. 2 mit einer Geldbuße bis zu 10.000,00 Euro geahndet werden.

9. Gemäß § 6 der **Abfallwirtschaftssatzung des Landkreises Mittelsachsen⁸** (AWS) sind Eigentümer, Berechtigte oder Besitzer von Grundstücken im Landkreis, auf denen nach Maßgabe des § 17 KrWG überlassungspflichtige Abfälle aus privaten Haushaltungen und/oder aus anderen Herkunftsbereichen anfallen bzw. anfallen können, berechtigt und verpflichtet, ihre Grundstücke an die Abfallentsorgung des Landkreises entsprechend dieser Satzung anzuschließen.
 10. Gemäß § 26 AWS sind der erstmalige Anfall von dem Landkreis zu überlassenden Abfällen bzw. der notwendige Erstanschluss des Grundstückes an die Abfallentsorgung vier Wochen vor Nutzung/Bezug des Grundstückes dem Landkreis Mittelsachsen schriftlich zu melden und die benötigten Abfallbehälter anzufordern.
 11. Für die Abfallentsorgung sind gemäß § 13 AWS entsprechende Standortplätze für Abfallbehälter auszuweisen.
Dabei ist weiterhin zu beachten, dass die Abfallbehälter u. a. zur Entsorgung an eine für die Sammelfahrzeuge befahrbare Straße bereitzustellen sind. Kann ein anschlussberechtigtes Grundstück mit dem im jeweiligen Sammelbereich verwendeten Fahrzeug nicht oder nur mit erheblichen Schwierigkeiten, deren Überwindung unzumutbare Aufwendungen erfordern, angefahren werden, haben die Anschlussverpflichteten die Abfallbehälter zum nächsten vom Sammelfahrzeug erreichbaren Entsorgungsstandort zu bringen. Diese Entsorgungsstandorte werden von der EKM, in Abstimmung mit dem zuständigen Entsorgungsunternehmen bestimmt und dem Anschlusspflichtigen mitgeteilt. Gleiches gilt auch für vorübergehende Situationen wie Straßensperrungen, Schnee- und Eisglätte und so weiter.
- 1) **Verordnung über die Bewirtschaftung von gewerblichen Siedlungsabfällen und von bestimmten Bau- und Abbruchabfällen (Gewerbeabfallverordnung - GewAbfV)** vom 18.04.2017 (BGBl. I S. 896, in der derzeit gültigen Fassung)
 - 2) **Verordnung über das Europäische Abfallverzeichnis (Abfallverzeichnis-Verordnung - AVV)** vom 10.12.2001 (BGBl. I S. 3379, in der derzeit gültigen Fassung)
 - 3) **Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrWG)** vom 24.02.2012 (BGBl. I S. 212, in der derzeit gültigen Fassung)
 - 4) **Verordnung über die Nachweisführung bei der Entsorgung von Abfällen (Nachweisverordnung - NachweisV)** vom 20.10.2006 (BGBl. I S. 2298, in der derzeit gültigen Fassung)
 - 5) **LAGA Merkblatt „Entsorgung asbesthaltiger Abfälle“** vom 06.09.1995 in der Fassung vom 10.12.2001, Überarbeitung Stand September 2009, letzte Korrektur März 2012
 - 6) **Technische Regeln für Gefahrstoffe 519 (TRGS 519)** der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin, Ausgabe Januar 2014
 - 7) **Verordnung über Anforderungen an die Verwertung und Beseitigung von Altholz (Altholzverordnung - AltholzV)** vom 15.08.2002 (BGBl. I S. 3302, in der derzeit gültigen Fassung)
 - 8) **Abfallwirtschaftssatzung des Landkreises Mittelsachsen** vom 26.09.2013

Allgemeine Hinweise zum Bodenschutz

1. Im Hinblick auf einen sparsamen und schonenden Umgang mit dem Boden (vgl. § 7 Bundes-Bodenschutzgesetz - BBodSchG)¹ sind folgende Hinweise zu beachten:
 - Nach § 202 **Baugesetzbuch (BauGB)**² ist infolge der Baumaßnahmen abzutragender Oberboden (Mutterboden) zu Beginn der Bauarbeiten getrennt zu sichern, im nutzbaren Zustand zu erhalten und vor Vergeudung bzw. Vernichtung zu schützen.
 - Unterboden ist nach Bodenarten (Körnungsklassen) getrennt zu erfassen.
 - Eine Vermischung verschiedener Bodenarten bzw. von Ober- und Unterboden muss vermieden werden.
 - Der Verbleib bzw. Wiederverwendung des Bodens auf dem Baugrundstück ist unter Vermeidung einer Vergeudung dem Abtransport vorzuziehen.
 - Soweit nach §§ 60 bis 62, 76 und 77 **Sächsischer Bauordnung (SächsBO)**³ nichts anderes bestimmt ist, bedarf die Verwendung von Aushubmaterial zu Geländeregulierungen bzw. Aufschüttungen **außerhalb des Vorhabens** nach § 59 Abs. 1 SächsBO einer baurechtlichen Genehmigung. Bei baurechtlich genehmigungsfreien Vorhaben sind andere öffentlich-rechtliche Belange zu beachten. Insbesondere ist zu gewährleisten, dass keine Beseitigung von Abfällen außerhalb zugelassener Anlagen erfolgt.
 - Anschüttungen im Zuge einer Wiederverwertung von Boden an Ort und Stelle bzw. einer Rekultivierung haben auf die lokalen Bodenverhältnisse (Horizontierung, Körnung) abgestimmt zu erfolgen.
 - Weiterhin sind die Vorgaben des § 12 der **Bundes-Bodenschutz- und Altlastenverordnung (BBodSchV)**⁴ zu beachten. Danach ist das Auf- und Einbringen von Materialien auf oder in eine durchwurzelbare Bodenschicht oder zur Herstellung einer durchwurzelbaren Bodenschicht nur zulässig, wenn dabei die Besorgnis des Entstehens schädlicher Bodenveränderungen nicht hervorgerufen wird. Deshalb hat gemäß § 12 Abs. 3 BBodSchV der Antragsteller vor dem Auf- und Einbringen die notwendigen Untersuchungen nach den Vorgaben in Anhang 1 BBodSchV durchzuführen oder zu veranlassen.
 - Gegen das Entstehen von schädlichen Bodenveränderungen (vgl. § 2 Abs. 3 BBodSchG: Beeinträchtigung der Bodenfunktionen, die geeignet sind, Gefahren, erhebliche Nachteile oder erhebliche Belästigungen für den einzelnen oder die Allgemeinheit herbeizuführen) durch Lagerung von Bauabfällen und Betriebsstoffen sind geeignete Vorkehrungen zu treffen. Vorhandene nicht zu überbauende Vegetationsflächen sind freizuhalten.

- Alle baubetrieblich verursachten Bodenveränderungen müssen auf das den Umständen entsprechende unabdingbar Maß (vgl. § 7 Abs. 1 **Sächsisches Abfallwirtschafts- und Bodenschutzgesetz - SächsABG**)⁵ beschränkt bleiben und sind nach Abschluss der Bauarbeiten zu beseitigen. In diesem Zusammenhang ist insbesondere auf die **DIN 18920**⁶ zu verweisen.
 - Dauerhaft nicht mehr genutzte Flächen sind gemäß § 5 BBodSchG zu entsiegeln, wenn die Versiegelung im Widerspruch zu planungsrechtlichen Festlegungen steht.
2. Aufgrund des nicht vollständigen Überblickes über die mehr als 800 Jahre währende Industriegeschichte der Region kann das Vorhandensein bisher noch nicht bekannter Altlasten nicht ausgeschlossen werden. Es liegt im Ermessen des Antragstellers, diesbezüglich ingenieurtechnische Baugrunduntersuchungen zu veranlassen.

- 1) **Bundes-Bodenschutzgesetz (BBodSchG)** vom 17.03.1998, BGBl. I S. 502, in der derzeit gültigen Fassung
- 2) **Baugesetzbuch (BauGB)** vom 23.06.1960, neugefasst durch Bekanntmachung vom 23.09.2004, BGBl. I S. 2414, in der derzeit gültigen Fassung
- 3) **Sächsische Bauordnung (SächsBO)** vom 28.05.2004, in der derzeit gültigen Fassung
- 4) **Bundes-Bodenschutz- und Altlastenverordnung (BBodSchV)** vom 12.07.1999, BGBl. I S. 1554, in der derzeit gültigen Fassung
- 5) **Sächsisches Abfallwirtschafts- und Bodenschutzgesetz (SächsABG)** in der Fassung der Bekanntmachung vom 31.05.1999 (SächsGVBl. S. 261, in der derzeit gültigen Fassung)
- 6) **DIN 18920** - Vegetationstechnik im Landschaftsbau - Schutz von Bäumen, Pflanzenbeständen und Vegetationsflächen bei Baumaßnahmen